

Gesetzentwurf zur Modifikation der beamtenrechtlichen Pensionsaltersgrenzen

Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Modifikation der beamtenrechtlichen Pensionsaltersgrenzen“ vorgelegt. Im Folgenden veröffentlichen wir die wesentlichen Veränderungen und die Positionen des **dbb rheinland-pfalz** dazu.

Entwurfsinhalte

Der Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften enthält die erwartete **Anhebung der allgemeinen Pensionsaltersgrenze für Beamte um zwei auf 67 Jahre**.

Die allgemeine Altersgrenze von 65 Jahren für Beamtinnen und Beamte soll ab 01. Januar 2016 stufenweise auf 67 Jahre angehoben werden, beginnend mit dem Geburtsjahrgang 1951. Wie in der gesetzlichen Rentenversicherung wird für den Jahrgang 1964 das 67. Lebensjahr die Altersgrenze bilden. Der Beginn der schrittweisen Anhebung im Jahr 2016 gibt den betroffenen Jahrgängen – so die Entwurfsbegründung - Gelegenheit, sich auf den späteren Eintritt in den Ruhestand einzustellen. Als Altersgrenze für Lehrkräfte soll nicht mehr das Ende des Schuljahres gelten, das dem Schuljahr vorangeht, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden, sondern das Schuljahr, in dem das 65. Lebensjahr vollendet wird. Die allgemeine Antragsaltersgrenze von 63 Jahren bleibt unverändert. Der Abstand zur Regelaltersgrenze wächst damit von zwei auf vier Jahre. In Anlehnung an die gesetzliche Rentenversicherung wird die Antragsaltersgrenze für schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte, die nach dem 31. Dezember 1955 geboren sind, laut Entwurf von bisher 60 Jahren in Stufen von zunächst jeweils zwei und ab dem Jahrgang 1959 von jeweils drei Monaten auf 62 Lebensjahre angehoben. Außerdem sollen die Bestimmungen, die das Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand bei Erreichen der Altersgrenze regeln, weiter flexibilisiert werden. Das Ende des Berufslebens soll so - soweit es die dienstlichen Belange zulassen - freier gestaltbar sein. In diesem Zusammenhang wird ein Rechtsanspruch auf das Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand geschaffen, der es erlaubt, die nachteiligen Auswirkungen einer familienbedingten Teilzeitbeschäftigung oder Beurlaubung auf die Länge der ruhegehaltstfähigen Dienstzeit und damit die Höhe des Ruhegehalts - zumindest teilweise - auszugleichen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, nun ist er da, lange erwartet, und die Befürchtungen sind eingetreten: Es stehen uns und Ihnen weitere massive Einschnitte bevor, die das, was uns die Landesregierung seit Jahren im Bereich der Besoldung und der Versorgung zugemutet hat, noch in den Schatten stellen. Nun wäre einzuwenden, dass ja auch im Bereich der gesetzlichen Sozialversicherung die demografischen Veränderungen zu einer Verschiebung des Renteneintrittsalters geführt haben und dass sich der öffentliche Dienst hier nicht ausklinken könne. Dies wäre zutreffend, wenn nicht die Beamtinnen und Beamten gerade in Rheinland-Pfalz schon seit Jahren unfreiwillig ihren Beitrag zur Sanierung des Landeshaushaltes geleistet hätten – und um nichts anderes geht es hier. Wie sollen sich noch dazu die Einstellungschancen für junge Lehrkräfte entwickeln, wenn die älteren Lehrkräfte ihnen die Stellen blockieren? Auch die Übergangsbestimmungen lassen Fragen offen: Bedienstete mit Geburtsdatum nach dem 1.4.1952 werden ein Jahr länger arbeiten müssen. Wie werden die Regelungen der rudimentären Altersermäßigung ausgestaltet sein, die ja einst für eine kurzfristige Leistungsprämie drastisch gekürzt wurde? Auch eine attraktive Altersteilzeitregelung, welche einerseits dem Bedürfnis vieler nach einem früheren und fließendem Übergang in den Ruhestand, andererseits dem Wunsch nach einem Stopp der Veralterung der Kollegien gerecht wird, ist nicht zu erkennen.

Fazit: Es geht nicht um eine Anpassung an demografische Veränderungen und den (erforderlichen?) Beitrag des öffentlichen Dienstes, sondern um einen weiteren Zwangsbeitrag der Beamtinnen und Beamten zur Sanierung des Landeshaushaltes. Wir fordern den Landtag auf, sich gegen die einseitigen Spargesetze der Landesregierung auszusprechen!

Ihr Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender

Inhalt:

- **Gesetzentwurf Pensionsaltersgrenzen**
- **Fortbildung bei Eura Mobil**
- **Mitgliederumfrage vlw**
- **vlw Pfalz: Pensionsansprüche**
- **dbb-Gewerkschaftstage**
- **Mainzer Bildungsgespräche zum Thema Cybermobbing**
- **Karlheinz Helling verstorben**
- **Christa Schmidt-Flach verstorben**
- **Heiner Günster im Ruhestand**

Hierzu die Positionen des dbb Rheinland-Pfalz:

Veränderungen – besonders versorgungsrechtliche – können nicht nur in eine Richtung erfolgen. Schlichte Kürzungen bei der eigenständigen Beamtenversorgung waren und sind keine Weiterentwicklung des Rechts. Auch rein fiskalische Gründe und das Bemühen, Ausgaben zu sparen, waren und sind keine ausreichende Legitimation für Kürzungen der Beamtenversorgung. Es bedarf vielmehr immer eines sachlichen Grundes für eine Übertragung von Veränderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung auf die Beamtenversorgung. Gleichzeitig müssen Veränderungen mit den strukturellen Unterschieden der Versorgungssysteme vereinbar sein.

Der **dbb rheinland-pfalz** bewertet eine gestaffelte Anhebung der allgemeinen Pensionsaltersgrenze als faktische Pensionskürzung. Eine Anhebung der Altersgrenzen hält der dbb rheinland-pfalz nur dann für vertretbar, wenn geeignete Arbeitsplätze für älteres Personal bereitgestellt werden. Unter dem Stichwort „altersgerechtes Arbeiten“ müssten die Beschäftigungsbedingungen bei steigendem Lebensalter der von einer Altersgrenzanhebung Betroffenen angepasst werden. Das Land müsse einen eindeutigen Nachweis entsprechender Arbeitsplätze erbringen. Das betriebliche Gesundheitsmanagement müsse begleitend konsequent ausgebaut werden. Es dürfe nicht darum gehen, dass immer mehr Beamtinnen und Beamte immer früher und mit immer höheren Abschlägen in Pension gingen. Vielmehr müsse Ziel sein, die Anzahl derer, die die Pensionsaltersgrenzen tatsächlich erreichen können, zu erhöhen.

Der dbb rheinland-pfalz werde in seiner schriftlichen Stellungnahme im Rahmen des Verbändebeteiligungsverfahrens die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen berücksichtigen. Dabei sei zu erwarten, dass etwa der Justizvollzug und die Lehrkräfte eine Beibehaltung der derzeitigen Rechtslage fordern würden. Die Anhebung der Antragsaltersgrenze für Schwerbehinderte/Dienstunfähige sei zwar konsequent und folge dem Recht der gesetzlichen Rentenversicherung. Betroffene würden aber auch hier sicherlich auf der Beibehaltung des gegenwärtigen Standes bestehen.

Kernforderung des dbb rheinland-pfalz sei, dass ein abschlagsfreier Ruhestand mit 65 Jahren nach 40 Berücksichtigungsfähigen Beschäftigungsjahren möglich sei. In der Regel längere Ausbildungszeiten und späterer Eintritt in den öffentlichen Dienst bedingten, dass Beamtinnen und Beamte 45 Dienstjahre nur selten erreichten. Dabei seien qualifizierte (ältere/länger ausgebildete) Kräfte zwingend erforderlich, um

öffentliche Dienstleistung zu gewährleisten. Entsprechende versorgungsrechtliche Lösungen und Anrechnungen von Vordienstzeiten müssten her, um auch in Zukunft qualifizierte und berufserfahrene Fachkräfte gewinnen zu können.

Übergangsbestimmungen:

Lehrkräfte, die

1. vor dem 1. April 1952 geboren wurden, erreichen die Altersgrenze zum Ende des Schuljahres, das dem Schuljahr vorangeht, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden,
2. nach dem 31. März 1952 und vor dem 1. Dezember 1952 geboren wurden, erreichen die Altersgrenze mit Ende des Monats Juli 2017.

Für Beamtinnen und Beamte,

1. die sich am ... (Tag vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes) in Altersteilzeit, in Teilzeitbeschäftigung im Blockmodell (§ 5 Abs. 3 Nr. 2 der Arbeitszeitverordnung) oder in einem Urlaub nach § 77 Satz 1 Nr. 2 befinden,
2. für die aufgrund einer vor dem ... (Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes) erteilten Bewilligung eines der in Nummer 1 genannten Zeitmodelle innerhalb von sechs Monaten nach der Bewilligung beginnt, verbleibt es bei der bisher festgelegten Altersgrenze.

Reisen mit doppeltem Boden: Besuch bei Eura Mobil

Interessante Einblicke in die Fertigung von Reisemobilen gelangen einer Gruppe von Kolleginnen und Kollegen anlässlich einer Fortbildungsveranstaltung des **vhw** bei der Firma **Eura Mobil in Sprendlingen** (Rheinhessen). Dort werden seit 1959 zuerst Wohnwagen und ab 1983 Reisemobile für den internationalen Markt produziert. Und die besondere Bauweise

vhw Pfalz informiert über Veränderungen bei Pensionsansprüchen

Zukünftig werden nur noch 855 Tage der Hochschulausbildung auf die Berechnung der Ruhegehälter angerechnet! Nicht allein durch diese Nachricht, die uns letztes Jahr aus dem Ministerium erreichte, sind viele Lehrkräfte bezüglich der zu erwartenden Pensionsansprüche verunsichert. Zudem erhalten Betroffene oftmals keinerlei Auskünfte seitens der OFD, wenn Informationen über die zu erwartende Höhe ihrer zukünftigen Pensionen gewünscht werden.

Daher hat der **vhw Bezirksverband Pfalz** eine Informationsveranstaltung zur Berechnung von Pensionsansprüchen am 19. Mai 2014 organisiert, an der 50 Interessierte teilnahmen! Der Bezirksvorsitzende der Pfalz, **Andreas Seehaus**, konnte für diese komplexe Thematik einen sachkundigen Referenten gewinnen: **Gerhard Peifer**, der Fachmann für Beamtenrecht des Philologenverbandes RLP und Vorsitzender des Bezirkspersonalrates der Gymnasien, konnte den Teilnehmenden einen umfassenden Überblick über den Berechnungsmodus von Pensionen und deren Einflussfaktoren geben. Konkrete Berechnungsbeispiele zur Höhe von Pensionsansprüchen trugen zu einer weiteren Veranschaulichung bei. Nach ca. zwei Stunden Vortrag und Klärung individueller Rückfragen, stand im Anschluss der Veranstaltung Herr Peifer noch für offene Fragen einzelner Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung.

Die sehr ansprechende Räumlichkeit des Restaurants Bremerhof in Kaiserslautern und die Verpflegung mit Torten, Kuchen, Kaffee und kalten Getränken trugen zum Wohlbefinden der Teilnehmenden bei. Für **vhw-Mitglieder** war die Veranstaltung kostenfrei!

Einen ganz herzlichen Dank an den Ortsvorsitzenden der BBS Wirtschaft Kaiserslautern, **Jürgen Schwind**, für die perfekte Organisation vor Ort!

Andreas Seehaus



– Reisemobile mit doppeltem Boden – prädestinieren die Fahrzeuge für den Einsatz im nicht immer so warmen Norden Europas. Die anwesenden Kolleginnen und Kollegen konnten bei einer Werksbesichtigung anschaulich die Produktion von Reisemobilen vom Unterbau bis zum fertigen Aufbau verfolgen. Anschließend wurden Fragen der Ausbildung – seit Jahren bildet die Firma Auszubildende z.B. an der BBS Bingen aus – sowie der Modellpolitik und der Fertigungsorganisation besprochen. Am Ende konnten im „Reisemobil-Forum“ in Sprendlingen noch einzelne Modelle von innen und außen besichtigt werden – das große Interesse an dieser Form des Reisens war nicht zu verkennen! Landesvorsitzender **Karl-Heinz Fuß** dankte der Firma **Eura Mobil** für den interessanten Tag und **Eva Pertgen** von der BBS Bingen für die Organisation.

<http://www.euramobil.de>

Mitgliederumfrage: Aufklärung und Interessenvertretung am wichtigsten

Ihre Meinung war gefragt! Im Mai führte der **vhw** eine Mitgliederumfrage durch mit dem Ziel, Mitgliedern die bestmögliche Unterstützung in ihrem Beruf zu bieten.

Laut den Ergebnissen steht für die meisten Mitglieder ihre berufliche und wirtschaftliche Interessenvertretung gegenüber dem Ministerium und der ADD sowie regelmäßige Informationen über dienst- und besoldungsrechtliche Veränderungen im Vordergrund. Dazu werden die Mitglieder weiterhin unter anderem durch die aussagekräftigen Karikaturen auf Plakaten und in der Zeitschrift „**vhw kompakt**“ über aktuelle bildungspolitische Themen benachrichtigt.

Aus der Erhebung geht ebenfalls hervor, dass persönliche Beratung durch kompetente Ansprechpartner für Beratungen von hoher Bedeutung ist. Die Orts-, Bezirks- und Landesverbandsvorsitzenden sind für die Mitglieder stets erreichbar und beraten in dienstlichen und rechtlichen Fragen.

Auch ein größeres Angebot von Fortbildungsveranstaltungen liegt den Mitgliedern am Herzen. Angebote an Fortbildungen mit beruflichen Schwerpunkten gibt es in zu geringem Umfang, daher setzt sich der Verband gezielt dafür ein; Er bietet selbst Fortbildungen an, sensibilisiert die Institute für den Mangel und fordert mehr Fortbildungen im beruflichen Bereich.

Der **vhw** bedankt sich bei seinen Mitgliedern für die vielen Rückläufe zur Meinungsumfrage und nimmt weitere Anregungen auch künftig gerne entgegen!

Julia Gieger

dbb-Gewerkschaftstage: Jürgen Kettner gewählt

Auf dem **dbb-Gewerkschaftstag** 2014 wurde die amtierende **dbb-Landesvorsitzende Lilli Lenz** mit einem überwältigenden Ergebnis von 97 % im Amt bestätigt. Souverän und bestimmend wies sie Ministerpräsidentin Malu Dreyer auf die Missstände der Landesbeamten hin: „So geht es nicht, Frau Ministerpräsidentin!“ **Malu Dreyer (SPD)** versuchte zu besänftigen und kündigte an, dass aufgrund der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen ein „Lüften des 5 x 1 %-Besoldungsdeckels“ ab 2015 folgen wird. 2015 und 2016 gäbe es auf jeden Fall mehr als 1 %. Aber: Wie viel mehr? Auf das von Lilli Lenz eingeforderte Zugeständnis, die Tarifabschlüsse der Angestellten im ÖD 1:1 zu übernehmen, ließ sich die Ministerpräsidentin nicht ein. Die Delegierten der Gewerkschaftstage vermittelten Malu Dreyer und den anwesenden Mitgliedern des Landtages Rheinland-Pfalz ein deutliches Bild ihres Zorns über mangelnde Wertschätzung mit 250 gezeigten roten Karten und dem Slogan „5 x 1 % muss weg! Ich bin MEHR WERT!“ Das SWR-Fernsehen berichtete wohlwollend über die angespannte Situation der Beamten und Landesbediensteten.

Klaus Dauderstädt (dbb-Bundesvorsitzender) geißelte in seinem Gastvortrag die Pläne zur gesetzlichen Festlegung der Tarifeinheit nach dem Motto „Ein Betrieb – ein Tarifvertrag“ als verfassungswidrig. Es könne nicht angehen, dass die Politik sehenden Auges derart in die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht im Tarifsektor eingreift. Dauderstädt fordert weiter: „Hände weg von einer gesetzlichen Lösung! Das machen die Sozialpartner selber!“ Zusätzlich hielt der Bundesvorsitzende des **dbb** ein engagiertes Plädoyer gegen weitere Kürzungen in der Alimentation, indem er einen Gleichklang zwischen Tariferhöhungen und Anpassungen von Besoldung und Versorgung forderte.

Jürgen Kettner (BBS Wirtschaft Koblenz) setzte sich erfolgreich in einer Kampfabstimmung mit dem zweitbesten Stimmergebnis durch und wurde von den dbb-Delegierten zum stellvertretenden Vorsitzenden des dbb-Landesbundes Rheinland-Pfalz ge-

wählt. Mit Jürgen Kettner werden die besonderen Interessen der Lehrerschaft im dbb gestärkt.

Björn Jacobs



Mainzer Bildungsgespräche: Neue Medien beeinflussen die Persönlichkeit

Wie digitales Mobbing zur Gefahr an Schulen wird, war Thema bei den **Mainzer Bildungsgesprächen** am 17. Juni im Mainzer Landtag. **CDU-Fraktionsvorsitzende Julia Klöckner** lud zum Vortrag „Tatort Internet“ des Bündnisses gegen Cybermobbing eV. mit anschließender Diskussion ein.

„Wer oder was schafft heute Persönlichkeit?“ und „Woraus schöpfen Jugendliche ihre Werte?“ Interessante Fragen wie diese warf **Uwe Leest** in seinem Vortrag auf, bei dem er die Ergebnisse der bündnis-eigenen Studie zum Cybermobbing vorstellt. Leest, Sprecher und Vorsitzender des Bündnisses, das seit 3 Jahren besteht, berät die Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages, Bildungseinrichtungen und Medienorganisationen.

Nicht nur neue Zivilisationskrankheiten wie die Onlinesucht beeinflussen die Gesellschaft, bei Jugendlichen gibt es in Zeiten von Whatsapp und Facebook eine Entwicklung, die massiv auf die Persönlichkeitsentwicklung einwirken kann: Cybermobbing. Doch Mobbing ist kein neuartiges Problem – neu ist, dass jugendliche Täter leichter und schneller Gerüchte oder Drohungen über Smartphone und Internet verbreiten können als früher. Außerdem geht das Cybermobbing über die Grenzen des Schulgeländes hinaus – Jugendliche können rund um die Uhr belästigt werden. So berichtet eine 12jährige Schülerin, dass sie nachts um halb 12 einen elektronischen Kettenbrief erhalten habe, in dem ihr und ihrer Familie blutige Gewalt angedroht wurde. „Mobbing fängt dann an, wenn der Respekt verloren geht“, so Leest. Dies läge an mangelnder Sozial- und Personalkompetenz

der Jugendlichen. In einem Zeitraum von ungefähr zwei Monaten wurden 660 Lehrer verschiedener Schulformen, rund 7.000 Schüler sowie 2.000 Eltern befragt. Rund 7% der Eltern haben von Mobbingfällen ihrer eigenen Kinder erfahren, 25 % der Eltern wissen um Mobbing bei anderen Schülerinnen und Schülern. Diese gaben selbst an, dass lediglich 11% nie ernsthafte Probleme mit Cybermobbing hatten. 16 % waren bereits selbst Opfer, verstärkt im Alter zwischen 12 und 15 Jahren, sogar hauptsächlich Mädchen seien betroffen, da diese einen hohen Anspruch haben sich darzustellen, zum Beispiel durch ihre Profilbilder. Lehrkräfte selbst benannten 17% ihrer eigenen Schüler als Opfer und 14 % als Täter. Nur rund 40% der Lehrer fühlten sich hinreichend über das Thema informiert und damit auch nur bedingt fähig, das Problem anzugehen und einzudämmen. Als Unterstützung bietet das Bündnis mit Hilfe des Experten für Prävention und Medienberatung Peter Sommerhalter, Schulen Präventionsangebote und Sprechstunden an. Leest wendet sich an dieser Stelle direkt an die CDU-Fraktionsvorsitzende und spricht sich für eine größere Unterstützung in Form von mehr Fortbildungen für Lehrer aus, fordert aber vor allem, weder Lehrer- noch Schulsozialarbeiterstellen zu reduzieren. Nicht nur die Lehrkräfte und Elternbeiräte, sondern auch Staatsanwaltschaft und Polizei bekräftigten dies mit ihrer Zustimmung: „aufstocken, nicht absetzen!“ Klöckner zeigte Verständnis und formulierte den wichtigsten Appell aus der Diskussion für sich selbst: „Wenn Personal fehlt, ist nur wenig umzusetzen“. 35 Millionen Euro sollen nach Angaben Klöckners jedes Jahr zusätzlich in Bildung und Forschung investiert werden.

Die Forderungen des Bündnisses gegen Cybermobbing formulierte Leest klar: Neben einer Einführung einer Online-Beratungsstelle und Online-Angeboten wie „klicksafe“, fordert die Gruppe mehr Schulungsangebote für Eltern und Lehrer sowie die Einführung des Faches „Medienerziehung“. Dies stieß auf große Kritik seitens der Schulvertreter, da bereits in Fächern wie Sozialkunde und Deutsch – vor allem an berufsbildenden Schulen – die Medienkompetenz im Lehrplan verankert ist und im Unterricht eine große Rolle spielt.

Einig waren sich die Diskussionsteilnehmer darüber, dass Erwachsene gegenüber den Schülerinnen und Schülern ein Informationsdefizit im Umgang mit den neuen Medien besitzen; Jugendliche gehen kompetenter mit den neuen Medien um, weshalb die Forderung von Fortbildungsangeboten begrüßt wurde, so dass Eltern ihre Kinder „nicht im Netz verlieren“ und

dass Lehrer richtig beraten und präventiv vorgehen können. Unterstützt wurde der Vorschlag, bereits in der Grundschule das Thema Medienkompetenz deutlicher anzugehen, da Fälle von Cybermobbing nach Aussagen des Medienexperten in der 2. oder 3. Klasse keine Seltenheit seien.

Im Plenum wurde weiterhin diskutiert, wie der Landtag Rheinland-Pfalz mit dem Thema Cybermobbing umgehen solle und welche Unterstützung die Politiker bieten könnten. Große Diskussion gab es bei dem Vorschlag eines stellvertretenden Schulleiters, die Politik solle einen „Schutzraum in den Schulen“ ermöglichen, indem Gesetze erlassen werden, die zum Beispiel Handys in der Schule verbietet. Klöckner sprach sich allerdings – wie auch ihre Kollegen – gegen ein striktes Verbot aus, da die Umsetzung zu Lasten der Lehrer ginge, die bereits genügend Herausforderungen und Aufgaben im Schulalltag bewältigen. „Der Lehrberuf ist mit seinen Aufgaben heutzutage so vielschichtig, dass die Lehrer nicht noch darauf achten sollen müssen.“ Die Idee, einen speziellen Bereich an der Schule zu bestimmen, wo Medien benutzt werden dürfen, wurde positiv bewertet. Die Handhabung, beispielsweise im Sprachunterricht Smartphones als Hilfsmittel für das Wörternachsagen oder Videos anschauen, soll jedem Lehrer selbst überlassen bleiben, solange die technische Ausstattung von Schulen noch große Mängel aufweist.

Einstimmig sprachen sich die Teilnehmer dafür aus, dass man – anstelle der Einführung eines weiteren Faches in den vollen Stundenplan – die Sozialkompetenz der Jugendlichen stärken muss. Man sollte nicht nur die Täter im Visier haben, sondern vor allem das Selbstbewusstsein, die personale und soziale Kompetenz stärken, dass Jugendliche nicht mehr so leicht zu Opfern werden. „Die jungen Menschen haben eine zu große Scheu, die Täter anzuzeigen und sich von uns beraten zu lassen“, wirft eine Polizeikommissarin in die Diskussion mit ein. Ein Staatsanwalt aus Trier schlug vor, dass die Polizei zu diesem Thema sozusagen „Werbung in eigener Sache“ auf Facebook schalten sollte, um die Hemmschwelle zu verringern. Lees gibt zu bedenken, dass sich das Mobbing mittels neuer Medien als Prozess weiterentwickelt und noch lange nicht die Spitze erreicht hat. Kernpunkte der Debatte waren also die Stärkung der Sozialkompetenz und die Forderung von mehr Personal in allen betroffenen Bereichen.

Julia Gieger

Im Gedenken an Christa Schmidt-Flach



Der vlv Rheinland-Pfalz trauert um **Christa Schmidt-Flach**, die am 21.8.2014 im Alter von 80 Jahren verstorben ist. Über ihr gesamtes Berufsleben hinweg, war sie eine Lehrerin, der neben ihren Schülerinnen und Schülern das kaufmännische Bildungswesen am Herzen lag. Als diplomierte Handelslehrerin, war sie gerade einmal 3 Jahre im Schuldienst, da wurde sie bereits zur Beisitzerin in den vlv-Landesvorstand des Landes Nordrhein-Westfalen gewählt (1965; damals an der Kaufmannsschule in Krefeld).

Wenige Jahre später wechselte sie nach Rheinland-Pfalz an die Berufsbildende Schule 3 in Mainz und auch dort war ihr das Unterrichten offensichtlich nicht genug, denn sie übernahm das Amt der Schriftführerin im vlv-Bundesverband, der damals unter Herrn Illmann seine Geschäftsstelle in Mainz betrieb. Zeitgleich engagierte sie sich auch im Lehrerbildungsausschuss des vlv und wurde 1973 zur Vorsitzenden des vlv-Bezirksverbands Rheinhessen gewählt. Als Beleg dafür, dass sie sich nicht nur außerhalb sondern insbesondere innerhalb der Schule aktiv war, steht ihre Beförderung zur Studiendirektorin und die damit verbundene Übernahme einer Funktionsstelle an der BBS Bingen im Jahre 1981.

Aufgrund ihres umfassenden Engagements (2004 Landesverdienstmedaille) wurde Christa Schmidt-Flach im Jahre 2008 zum Ehrenmitglied des vlv-Rheinland-Pfalz ernannt.

Der vlv in Rheinland-Pfalz verabschiedet sich voll großer Dankbarkeit von Christa Schmidt-Flach, einer Kollegin, die wir persönlich sehr geschätzt haben und die einen wesentlichen Teil ihrer Lebenszeit und ihrer Kraft für die Ziele unseres Verbandes und der kaufmännischen Bildung eingesetzt hat.

Wir sprechen den Angehörigen unsere tiefe Anteilnahme aus und werden Christa Schmidt-Flach ein ehrendes Andenken bewahren.

Heiner Günster in den Ruhestand verabschiedet

Am 30.7.2014 wurde **Heiner Günster** im Schloss Engers bei Neuwied in feierlicher Atmosphäre in den Ruhestand verabschiedet. **Heiner Günster** ist langjähriges vlv-Mitglied, war zuletzt Schulleiter an der BBS Mayen und zuvor viele Jahre an der ADD in Koblenz als Leiter des Referats 36 (Berufsbildende Schulen) tätig. Auf Wunsch von Heiner Günster begannen die Feierlichkeiten mit einer heiligen Messe in der Kapelle des barocken Schlosses, bei der er selbst mitwirkte. In den anschließenden Reden und Grußworten wurde gewürdigt, dass Heiner Günster ein Kollege ist, dem die Bildung, insbesondere der benachteiligten Schülerinnen und Schüler am Herzen liegt. Bereits in der Zeit vor seiner ADD-Tätigkeit war er Schulleiter beim Berufsbildungswerk Neuwied. Besondere Anerkennung findet Heiner Günster für seine Kenntnisse zu geschichtlichen und politischen Zusammenhängen. Er ist deshalb ein stets geschätzter Gesprächspartner, der auch durch seine menschlich offene Art zu begeistern weiß. Wir bedanken uns bei Herrn Günster



für die stets gute Zusammenarbeit und wünschen für die Zeit des Ruhestands eine erfüllte Lebensphase in guter Gesundheit!

Hier das Grußwort des **vlw-Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß**:

Lieber Herr Günster, sehr geehrte Gäste, vielen Dank, dass Sie mir die Gelegenheit geben, ein Grußwort im Namen des **vlw** zu sprechen.

Den **vlw** muss ich in dieser Runde wohl kaum vorstellen. Interessanter ist da die Person, die heute im Mittelpunkt steht. Lieber Herr Günster, als Sie das Licht der Welt erblickten, da gab es den **vlw** in Rheinland-Pfalz seit gerade einmal 3 Jahren. Mit 38 Jahren sind Sie dann 1990 beim **vlw** eingetreten. Seit 24 Jah-

ren sind Sie also schon eines der 1200 Mitglieder im **vlw Rheinland-Pfalz**, allerdings, wie man zweifellos sagen kann, ein Mitglied in einer herausragenden Stellung.

Als Referent der ADD Außenstelle in Koblenz haben Sie vor allem eines bewiesen, nämlich, dass Sie nicht nur Berufsbildner, sondern auch Demokrat durch und durch sind. Immer wieder haben Sie hervorgehoben, wie bedeutend Verbands- und Personalratsarbeit für unser berufsbildendes System sind, auch wenn dies mitunter mit diskussionsintensiven Interessensgegensätzen in Ihrer Funktion einherging. Gleichzeitig habe ich Sie als außerordentlichen Kenner von kommunalpolitischen Zusammenhängen schätzen gelernt.

Insofern möchte ich die Erinnerungen daran nicht missen, wie wir oft beim Gespräch zusammensaßen, entweder in Ihrem Dienstzimmer in der Südallee oder in einem nahegelegenen Lokal, mal im kleinen Kreis, mal in größerer Runde. Dabei hatten wir intensiv über die aktuellen bildungspolitischen Ereignisse diskutiert und nach Lösungen für das eine oder andere operati-

ve Problem gesucht und oft auch gefunden.

Diese Gesprächskultur, die stets von menschlicher Offenheit Ihrerseits geprägt war, habe ich sehr geschätzt, und deshalb fand ich es damals schade, als ich erfahren hatte, dass Sie künftig als Schulleiter an der BBS Mayen tätig sein würden. Doch auch in der dortigen Funktion hatten Sie eine glückliche Hand und haben sich als Unterstützer des **vlw** gezeigt, durch ein offenes Haus für Verbandstreffen bzw. als Referent auf unserer Fachtagung im Schloss Waldthausen.

Lieber Herr Günster, Sie treten nun den wohlverdienten Ruhestand an. Im Namen des **vlw** und ausdrücklich auch persönlich bedanke ich mich für die Zusammenarbeit mit Ihnen. Ich wünsche Ihnen alles Gute, Gesundheit und Gottes reichlichen Segen!! Als Geschenk habe ich mich entschieden für ein Werk des Geigenbauers Martin Schleske (nein, keine Geige, sondern ein Buch!). Es heißt „Der Klang“ und handelt vom „Unerhörten Sinn des Lebens“. Viel Freude beim Lesen!! Vielen Dank!

**Verband der Lehrerinnen und
Lehrer an Wirtschaftsschulen**
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.



An alle vlv-Ortsverbände in Rheinland-Pfalz

Kirchheimbolanden, 4. September 2014

Einladung zur ordentlichen

vlw-Landesdelegiertenversammlung

mit Fachvortrag von Prof. Dr. Rainer Dollase
„Auf den Lehrer kommt es an“

Termin: 17. November 2014, 9:30 Uhr bis 16:00 Uhr

Ort: **Konferenzzentrum Schloß Waldthausen**
Sparkassenverband Rheinland-Pfalz
Im Wald 1, 55257 Budenheim, Tel. 06131 145-0

Vorläufige Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Landesvorsitzenden
2. „Auf den Lehrer kommt es an“
Referat von Professor Dr. Dollase mit anschließender Diskussion und Fragerunde
3. Berichte Landesvorsitzender, Landesschatzmeister und Kassenprüfer
4. Aussprache und Entlastung des Vorstands
5. Verabschiedung und Ehrung von Mitgliedern des Landesvorstands
6. Wahl eines Versammlungsleiters/einer Versammlungsleiterin, der Mandatsprüfungskommission und zweier Zählkommissionen
7. Neuwahl Landesschatzmeister/in und stellv. Landesvorsitzende/r
8. Neufassung der Satzung: Beratung und Beschlussfassung
9. Beschlussfassung zur Resolution und zu den Anträgen
10. Verschiedenes
11. Schlusswort des Landesvorsitzenden

Die endgültige Tagesordnung geht den Delegierten spätestens zwei Wochen vor der Delegiertenversammlung zu. Delegierte erhalten nach § 25 UrVVO Dienstbefreiung, sofern dienstliche Gründe dem nicht entgegenstehen. Selbstverständlich sind auch alle anderen **vlw**-Mitglieder als Gäste freundlich eingeladen. Bitte schicken Sie Ihre Anträge (auch Satzungsänderungsanträge) bis **spätestens 10. Oktober 2014** an die Landesgeschäftsstelle. Später eingehende Anträge werden nur dann behandelt, wenn die Landesdelegiertenversammlung sie als dringlich anerkennt.

Im Gedenken an Karlheinz Helling

Ansprache des Landesvorsitzenden

Karlheinz Helling starb im April 2014 im Alter von 80 Jahren in seiner Wahlheimat Freiburg im Breisgau. Er war ein sehr geschätzter und weit über die Maßen hinaus engagierter Kollege. Als ich Karlheinz Helling vor ziemlich genau 13 Jahren das erste Mal begegnete, da habe ich ihn als hilfsbereiten und agilen Menschen kennengelernt. Er war bereits pensioniert und hatte ein erfülltes Berufsleben hinter sich, was durch eine Vielzahl von Anerkennungen gekennzeichnet war. Jeder hätte Verständnis gehabt, wenn sich Karlheinz Helling damals im Jahr seiner Pensionierung auch von der aktiven Verbandsarbeit verabschiedet hätte. Aber nein, er war auch weiterhin äußerst aktiv für den vlw unterwegs.

„Jedermann spürte immer sofort die Hilfsbereitschaft und Kompetenz, die Karlheinz Helling ausstrahlte“ berichtete unser Bezirksvorsitzender Gernot Kormann, als Karlheinz Helling im Jahr 2008 zum Ehrenmitglied in unserem Verband ernannt wurde. Die Ehrenmitgliedschaft hatte Karlheinz Helling mehr als verdient. Bereits während des Referendariats wurde er Verbandsmitglied und 2 Jahre später, als junger Kollege, wurde er zum Schriftführer des Landesvorstands gewählt. Dieses Amt bekleidete er sage und schreibe mehr als 30 Jahre. Er hatte somit über 3 Dekaden hinweg die Geschicke des Verbandes mit begleitet und mit gelenkt. In dieser Zeit hatte er sich auch um die Mitgliederverwaltung des Verbandes und um viele weitere organisatorische Angelegenheiten gekümmert. Dem nicht genug, engagierte sich Karlheinz Helling auch als Vertrauensmann der schwerbehinderten Kolleginnen und Kollegen und war auch in dieser Funktion ein geschätzter Ratgeber. Er war Vorsitzender des dbb-Kreisverbands Koblenz, war als Dozent an der Sparkassenschule und an der Fachhochschule aktiv, ebenso beim Telekolleg sowie als Ausbildungsberater.

Und währenddessen machte er Karriere, als Abteilungsleiter an der BBS Montabaur, was mit der Beförderung zum Studiendirektor verbunden war. Ich



bin mir sicher, dass es noch weitere Aktivitäten gab, die hier jedoch nicht alle aufgezählt werden können. Die Anerkennungen, die ihm zuteil wurden, wie die Goldenen Ehrennadeln der IHK und der Handelskammer in Rheinland-Pfalz und schließlich im Jahre 2006 die Verleihung der Verdienstmedaille des Landes Rheinland-Pfalz für seine „unermüdliche Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit“, wie es der Präsident der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord in Koblenz formulierte, sind Belege für das umfassende Engagement von Karlheinz Helling.

Nach seiner aktiven Dienstzeit betätigte er sich als Verbindungsmann zwischen dem vlw und dem BRH, dem Bund der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen, und wirkte in dessen Landesvorstand mit.

Und hier wieder ein Zitat von Herrn Kormann, „bei aller Ernsthaftigkeit in der Sache war Karlheinz Helling immer für einen Spaß zu haben oder wusste eine Anekdote zum Besten zu geben.“ So behalten wir Karlheinz Helling als sehr engagierten Pädagogen und wertvollen Ratgeber in Erinnerung, den wir wegen seiner Menschlichkeit, seinem Sinn für Humor und seiner Fähigkeit zum Zuhören überaus geschätzt haben. Der vlw in Rheinland-Pfalz verabschiedet sich voll großer Dankbarkeit von Karlheinz Helling, einem Kollegen, der einen wesentlichen Teil seiner Lebenszeit und seiner Kraft für die Ziele unseres Verbandes und somit der kaufmännischen Bildung eingesetzt

hat.

Wir sprechen Frau Helling und ihrer Familie unsere tiefe Anteilnahme aus und werden Karlheinz Helling ein ehrendes Andenken bewahren.

Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender

Verantwortlich:

Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender
Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a,
67292 Kirchheimbolanden
www.vlw-rlp.de

Redaktion:

Michael Lutz, Hofgartenstr. 4c
55424 Münster-Sarmsheim,
Tel. 06721-9629372
Michael.Lutz@vlw-rlp.de
michaellutz2@gmx.net

